

Wirtschaftshilfen verdreifacht

3 Milliarden Euro von Förderbank

Hannover. Die Förderbank des Landes Niedersachsen hat 2020 vor allem wegen der Corona-Krise so hohe Wirtschaftshilfen bewilligt wie nie zuvor. Die Gesamtsumme habe sich im Vergleich zum Vorjahr auf über 3 Milliarden Euro etwa verdreifacht, teilte das Institut am Mittwoch in Hannover mit. Davon seien knapp 1,9 Milliarden Euro allein auf genehmigte oder schon ausgezahlte Mittel für angeschlagene Unternehmen und Selbstständige entfallen. Die NBank meldete aber auch eine Ausweitung des regulären Förder Volumens auf 1,2 Milliarden Euro.

Die Zahl der insgesamt unterstützten Anträge schoss von gut 20.000 in üblichen Förderjahren auf fast 200.000 empor – der überwiegende Teil (175.000) bezog sich auf Programme im Zusammenhang mit der Pandemie. Der parallel gestiegene Beratungsbedarf habe sich in mehr als 60.000 Überstunden für das Personal niedergeschlagen.

Während des ersten Quartals 2021 seien weitere 1,6 Milliarden Euro an Corona-Hilfen auf den Weg gebracht worden. Neben der Auszahlung von Mitteln aus Landestöpfen organisierte die NBank – wie andere Förderinstitute – einen großen Teil der regionalen Verteilung von Bundesmitteln. Die Antragsverfahren waren dabei angesichts der wirtschaftlichen Not vieler Empfänger oft als komplex und langwierig kritisiert worden. Jedoch mussten die Banken auch auf hinreichende Kontrollen achten, nachdem es zu vielen Betrugsfällen gekommen war.

„Bis Mitte Mai sind 419 Millionen Euro an Novemberhilfe und 450 Millionen Euro an Dezemberhilfe in Niedersachsen ausgezahlt worden“, so Vorstandschef Michael Kiese-wetter zur weiteren Zwischenbilanz im laufenden Jahr. Hinzu kamen 520 Millionen Euro an Überbrückungshilfe III - nach stockendem Anlauf sind laut NBank nun drei Viertel davon ausgezahlt – und 62 Millionen Euro für Hilfen an Soloselbstständige. **DPA**

OBERVERWALTUNGSGERICHT

Verordnung für Schutzgebiet überwiegend rechtens

Lüneburg/Syke. Der Landkreis Diepholz hat für eine Verordnung über das Landschaftsschutzgebiet „Schlatts in der Leerßer Moorheide“ in Syke Rückendeckung vom Oberverwaltungsgericht bekommen. Die Verordnung, die ein knapp 160 Hektar großes Areal in der „Syker Geest“ unter Schutz stellt, sei „ganz überwiegend“ und „im Wesentlichen“ rechtmäßig, befand das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht (OVG) Lüneburg in einer am Mittwoch bekannt gegebenen Entscheidung (Az.: 4 KN 129407/17). Das Gebiet besteht aus Grünlandflächen mit eingestreuten Kleingewässern, bei denen es sich oder allem um historische Schlatts (Heideweiher) handelt. Gegen die Ende 2016 erlassene Verordnung hatte ein Paar geklagt, das mehrere Flächen im Landschaftsschutzgebiet unter anderem mit schottischen Hochlandrindern bewirtschaftet. **DPA**

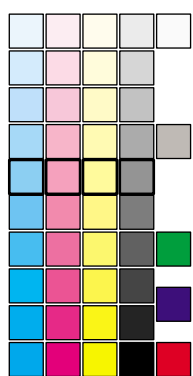
SURFPROJEKT

Spatenstich für Leinewelle noch im Juni

Hannover. Nach jahrelanger Planung soll der Bau der Leinewelle für Surfer neben dem Landtag in Hannover Ende Juni starten. Die Kosten seien aufgrund der aktuellen Preisentwicklung in der Baubranche um knapp 200.000 Euro auf etwa 1,4 Millionen Euro gestiegen, teilte das Surf-Projekt am Mittwoch mit. Es gebe eine Spendenseite. Im kommenden Jahr sollen dann Surferinnen und Surfer die künstliche Welle nutzen können. Vorbild ist die bekannte Münchner Eisbachwelle, die auch eine Touristenattraktion ist. Der Fischereiverband Hannover hatte erfolglos gegen den Bau der Wassersport-Welle geklagt. Surfer und Angler betonten inzwischen, dass sie sich gemeinsam für die Artenvielfalt in der Leine einsetzen. **DPA**

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.



Skywalk im Harz

Gläserner Skywalk, 110 Meter lange Rutsche und ein sich hochschraubender Aussichtsturm: Mit Investitionen in Millionenhöhe soll der hölzerne Aussichtsturm in Torfhaus im Landkreis Goslar von 2022 an Ausblicke auf den Brocken, den umliegenden Harz und den Nationalpark bieten. Investiert würden in den Aussichtsturm

rund acht Millionen Euro, teilte die Harzturm GmbH mit. Bund und Land Niedersachsen fördern das Projekt mit etwa 1,4 Millionen Euro. Zuvor hatten mehrere Medien berichtet. Der Aussichtsturm in Torfhaus bedeute ein „neues Kapitel Tourismusgeschichte“, kündigte die Harzturm GmbH an. **TEXT: DPA/FOTO: HARZTURM GMBH**

Keine gründlichen Grundwasserkontrollen

Grüne kritisieren mangelhafte Sicherheitsregeln für Erdöl- und Erdgasfelder

VON PETER MLODOCH

Hannover. Niedersachsen lehnt gründliche Grundwasserkontrollen bei bestehenden Öl- und Gasförderfeldern in Wasserschutzgebieten ab. „Derzeit plant die Landesregierung kein umfassendes Grundwassermonitoring für vorhandene Erdöl- und Erdgasbohrungen in Wasserschutzgebieten“, teilte Umweltminister Olaf Lies (SPD) auf eine Parlamentsanfrage der Grünen-Abgeordneten Imke Byl mit. Weitere konkrete Sicherheitsmaßnahmen, die über die freiwillige Absprache zwischen Land, Förderkonzernen und Wasserversorgern hinausgehen, sind nach der Antwort, die dem WESER-KURIER vorliegt, bis auf weiteres ebenfalls nicht vorgesehen. Entsprechende Vorschläge würden erörtert, heißt es vage.

Die Ende März geschlossene Vereinbarung von Land, Industrie, Gewerkschaft IG BCE und Wasserlieferanten sieht zwar ein Verbot von neuen Bohrungen in Wasserschutzgebieten vor. Die bestehenden 60 Förderfelder genießen aber Bestandschutz – inklusive neuer unterirdischer Abzweigungen dort. Das Unterbohren geschützter Grundwasserspeicher bleibt ebenfalls erlaubt, allerdings wird hierfür künftig eine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) Pflicht. Schließlich garantiert der Vertrag den Öl- und Gaskonzernen die volle „Ausförderung“ ihrer Lagerstätten. Erdgas habe nämlich eine „Schlüssel-funktion als Brückenenergieträger auf dem Weg zur Klimaneutralität“, betonten die Vertragspartner.

Kurz vor dieser Vereinbarung hatte die Grünen-Fraktion nach den Ergebnissen des 2018 von Minister Lies eingesetzten Runden Tisches zur Öl- und Gasförderung gefragt. 48

Einzelvorschläge zu Sicherheit, Gesundheitsschutz und behördlicher Überwachung bei der Gewinnung der Bodenschätze hatte dieser „Stakeholder-Dialog“, aus dem allerdings die Umweltverbände früh ausgestiegen waren, zum Jahreswechsel 2019/2020 präsentiert. In der jetzt getroffenen Absprache mit der Industrie finden sich diese jedoch nur zum Teil wieder. „Die Landesregierung prüft den Bedarf weiterer Regelungen“, schreibt das Ministerium in seiner Antwort lapidar und verweist dabei immer wieder auf ihre „fächerorientierte technische Kommission“. Ein solches Gremium will die Landesregierung mit Vertretern der Vertragspartner neu installieren.

„Diese Dauer-Stuhlkreise zur Öl- und Gasförderung täuschen einen grünen Anstrich vor, während die Industrie unverändert weitermachen darf“, kritisiert Energie-Expertin Byl. Es sei das erklärte Ziel von SPD und CDU,

die niedersächsischen Öl- und Gasvorräte bis zum letzten Tropfen auszufördern. „Das ist klimapolitischer Irrsinn und ein permanentes Risiko für Umwelt und Gesundheit in den Förderregionen.“ Erdöl und Erdgas seien ein Auslaufmodell.

Es brauche einen sofortigen Stopp neuer Bohrungen und einen Fahrplan für einen schrittweisen Förderausstieg, fordert die Grünen-Abgeordnete. „Aber SPD und CDU bereiten der Förderindustrie immer neue Freundschaftsdienste.“

Trotz diverser Zwischenfälle fehle noch immer der angekündigte Bohrloch-TÜV für alle Tiefbohrungen. Der Mindestabstand zur Wohnbebauung von 2000 Meter zu neuen Öl- und Gasförderstellen sei auf unbestimmte Zeit vertagt, bemängelt Byl. Stattdessen senke die rot-schwarze Landesregierung lieber den Förderzinssatz auf Öl und Gas auf das rechtliche Minimum ab.



Die bestehenden 60 Förderfelder in Niedersachsen genießen Bestandschutz. **FOTO: FRISO GENTSCH/DPA**

Bahnausbau zum Jadebusen fast fertig

1,1 Milliarden Euro für bessere Hafenanbindung

VON MICHAEL EVERS

Oldenburg. Die Grenze zwischen Wasser und Land war lange fließend am Jadebusen, der Meereshafen bei Wilhelmshaven, die erst nach Jahrhunderten von Eindeichungen und Trockenlegungen ihre heutige Form erhielt. Weich und nachgiebig ist der Boden aber vielerorts geblieben. Dies macht den Ausbau der Bahnstrecke zu Deutschlands einzigem Tiefwasserhafen bei Wilhelmshaven zu einer Herausforderung mit spektakulären unterirdischen Kunstbauten. Die von der Region lange geforderte Ertüchtigung der Strecke von Oldenburg zur Küste nähert sich mit der Elektrifizierung im kommenden Jahr der Fertigstellung. 1,1 Milliarden Euro kostet der technische und organisatorische Kraftakt.

Unterirdische Brücke

„Der Untergrund ist das große Thema“, sagt Projektleiter Frank Heuermann zu den Besonderheiten der rund 70 Kilometer langen Strecke. „Wir haben uns alte Seekarten besorgt.“ Die Ertüchtigung des Bodens habe in fast allen Abschnitten eine zentrale Rolle gespielt. Zwischen Varel und Sande etwa wurde gewissermaßen eine unterirdische 1500 Meter lange Brücke gebaut, um den Boden tragfähiger zu machen. 900 Rammfähle und 100 Bohrfähle mit einer Länge von bis zu 26 Metern Tiefe wurden in den Boden gebracht und mit Betonplatten abgedeckt, worauf nun die Trasse ruht. Auf 12,4 Kilometern wurde außerdem mit einer speziellen Baumaschine eine Mischung aus Wasser und Bindemittel bis zu neun Meter tief in den Boden eingebracht, um ihn stabiler zu machen.

Großprojekte geraten häufig mit jahrelangen Terminverschiebungen in die Schlagzeilen, dies bei allen Herausforderungen der Strecke nach Wilhelmshaven, plötzlicher Materialknappheit oder widriger Witterung zu verhindern, ist Aufgabe von Projektgenieurin Mai-Britt Frowein. „Bis auf ein paar Monate haben wir alle Termine halten können, alles läuft nach Plan“, sagt sie nach über zehn Jahren Projektarbeit.

„Der frühzeitige Kontakt zu Anwohnern war wichtig, auch wegen der Ortskenntnis“, sagt der Diplom-Geograf Detlev Knauer, der als Umweltexperte auch Ansprechpartner ist. „Wir waren darauf angewiesen, bei den Leuten in den Gärten zu gehen, um zu gucken, wie das Ganze von der Anwohnerseite aussieht.“ 46 Kilometer Lärmschutzwand wurden geplant, bis zu vier Meter hoch und teils transparent. Obwohl der Ausbau kein Verbreitern der Trasse beinhaltet und keine besonderen Tiere lokalisiert wurden, nimmt die Bahn auf über 100 Hektar Ausgleichsmaßnahmen für Eingriffe vor. „Bäume wer-

den gepflanzt, Agrarflächen aufgewertet, Bachläufe ökologisch verbessert. Hinzu kommen viele Nistkästen für Schleiereulen und andere Brutvögel, neue Fledermausquartiere sowie neue Querungshilfen für Amphibien und andere Kleintiere.“

Bei der Bauingenieurin Nicole-Patricia Fahrenholz laufen für den Abschnitt 1 bei Oldenburg alle Fäden zusammen, was die Umsetzung des Ausbaus angeht. Dabei geht es um das Koordinieren von Ausschreibungen, die Finanzierung, die Ausführungsplanung, Freigaben und Abnahmen und dann den tatsächlichen Stand der Dinge auf der Baustelle. „Es tauchen immer wieder Realisierungshindernisse auf, man stößt auf Herausforderungen“, meint Fahrenholz. Bei den vielen Akteuren gilt es zu erreichen, dass alle an einem Strang ziehen. „Man muss Contenance bewahren“, sagt die Koordinatorin.

Die neue Signaltechnik und die Elektrifizierung sind Hauptaufgabe von Projektgenieur Peter Wortmann. Dabei wurden einige Signale selbst per Helikopter eingeflogen und installiert, gesteuert wird der Verkehr auf der Strecke künftig von Hannover aus. Ein Kraftakt ist die Elektrifizierung, auf rund zehn Kilometern hängt die Oberleitung bereits. Mehr als 1500 Oberleitungsmasten wurden schon installiert. Und auch bei der Bahn kommt der Strom nicht einfach aus der Steckdose, sondern aus einer bereits existierenden Freileitung mit Bahnstrom bei Rastede. „Der Fahrdrath ist das i-Tüpfelchen und zeigt, wie nah wir unserem Ziel sind. Mein Team und ich drücken aufs Tempo, damit die gesamte Strecke Ende nächsten Jahres voll elektrifiziert ist.“

1,3 Millionen Kubikmeter Sand

Ausgerechnet nahe der Küste wurde das Thema Sand zum Problem. Rund 1,3 Millionen Kubikmeter mussten für eine neue Trasse zur Umfahrung der Gemeinde Sande aufgeschüttet werden. Den beim Vertiefen von Fahrinnen in der Nordsee ohnehin anfallenden Sand wollte die Bahn dafür einsetzen, wegen des Salzgehalts war er aber ungeeignet. Aus der größeren Umgebung musste daher Sand herbeigeschafft werden. Um eine Funkstation der Marine mit den elektrischen Zügen nicht zu stören, ist außerdem ein tunnelähnliches mehr als zwei Kilometer langes Galeriebauwerk geplant.

„Es ist die Hauptstrecke für Menschen in der Region“, sagt Heuermann. Investiert habe die Bahn deshalb in eine grundlegende Sanierung der Trasse sowie eine Modernisierung auch der Bahnhöfe. „Wir schaffen eine robuste Infrastruktur, um die Kundenfreundlichkeit zu erhöhen und dem umweltfreundlichen Transport von Gütern zum Jade-Weser-Port zu ermöglichen.“

Mehr Schutz vor Ehec

Strenge Kontrolle von Sprossen

Oldenburg. Zehn Jahre nach der Ehec-Epidemie mit 53 Toten sieht die niedersächsische Lebensmittelüberwachung den Schutz vor den gefährlichen Erregern verbessert. Als Ursache schwerer Magen-Darm-Krankheiten waren damals verunreinigte Sprossen ausgemacht worden. „Nach dem Ehec-Ausbruch 2011 sind verstärkt auch pflanzliche Produkte in den Fokus gerückt und werden häufiger kontrolliert“, teilte das Niedersächsische Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (Laves) in Oldenburg mit. Die EU habe die regelmäßige Untersuchung von Sprossen in ihre Verordnung über mikrobiologische Kriterien für Lebensmittel aufgenommen. „Außerdem sind Sprossenhersteller seither zulassungspflichtige Betriebe.“

Die Durchfallerkrankungen von 2011 wurden durch den Stamm O104:H4 des Bakteriums Escherichia coli (Ehec) ausgelöst. Von Anfang Mai bis Ende Juli erkrankten nach Zählung des Robert Koch-Instituts (RKI) 2987 Menschen an akuter Gastroenteritis. Weitere 855 Menschen litten unter dem gefährlichen HUS-Syndrom mit Nierenversagen und gestörtem Blutbild. Betroffen war vor allem Norddeutschland.

Bei der Suche nach der Quelle der Epidemie warnten die Behörden davor, rohe Gurken, Tomaten oder Blattsalat zu verzehren. Zeitweise stoppten einige Bundesländer den Import spanischer Gurken. Dann konnte das Laves das vom Ehec-Bakterium gebildete Gift Shigatoxin in einer Probe Sprossen nachweisen. Die Rückverfolgung der Lieferketten von Sprossen führte zu einem Biohof in Bienenbüttel im Kreis Uelzen. **DPA**